

Nicht Ausländerfeindlichkeit führt bei höheren Migrantenzahlen zur Skepsis der Bürger,  
sondern fehlende Regeln und eine wachsende Grauzone

# Keine Liberalität ohne Gesetz

Von Gerd Held

Für den Moment ist „Lampedusa“ aus den Schlagzeilen, doch die Wirkung des Gesamtthemas der Migration hält an. Sein Einfluss auf die politische Stimmungslage in Europa ist unübersehbar. Wer nur die beschwörenden Appelle für „mehr Offenheit“ hört, muss dabei den Eindruck bekommen, die Bürger seien besonders engherzig geworden. Auch in Deutschland wird vielfach behauptet, in der Mitte der Gesellschaft gewinne eine generelle Ausländerfeindlichkeit an Einfluss. Findet also eine moralische Rückentwicklung statt, die die Deutschen intoleranter werden lässt? Dafür gibt es keinen Anhaltspunkt. Man muss sich nur an seinem Arbeitsplatz oder bei seinen alltäglichen Besorgungen umsehen. Wo es um die polnische Kollegin oder den türkischen Nachbarn geht – um den sichtbaren und greifbaren Mitmenschen also –, findet man einen freundlichen, entspannten und bisweilen humorvollen Umgangston, auch echtes Interesse an Neuigkeiten vom Anderen. Ein Ressentiment gegen Ausländer sieht anders aus. Die deutsche Gesellschaft ist auch wenig geneigt, für Missstände sofort fremde Sitten, Götter oder Gene verantwortlich zu machen. Der Export- und Reiseweltmeister neigt in diesen Dingen inzwischen mehr zur Neugier und zum Vertrauensvorschuss. Dazu kommt eine Veränderung in unserer politischen Verfassung, die für die Migrationsfrage sehr bedeutsam ist: Die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts von 2005 privilegiert nicht mehr die Abstammung. Eine andere ethnische Herkunft ist kein Hindernis mehr, um Deutscher zu werden. Es ist bemerkenswert, wie problemlos diese Änderung hierzulande akzeptiert wurde. Sie gehört nun einfach zum nationalen Konsens.

Und doch gibt es in der Bevölkerung eine zunehmende Skepsis beim Thema

Migration. Die Skepsis richtet sich nicht gegen die Menschen, die nach Deutschland kommen wollen. Auch an Mitgefühl für die Notlagen, die zur Migration führen, fehlt es nicht. Viele Bürger sind hilfsbereit und trotzdem haben sie das Gefühl, dass etwas nicht stimmt. Denn bei der Migration hat sich ein Bereich entwickelt, in dem die Regulation hilflos zu sein scheint und auch nicht mit Nachdruck daran gearbeitet wird, das zu ändern. Da gibt es die Erfahrung in deutschen Großstädten, dass sich die Zahl der Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien sprunghaft erhöht hat und in Stadtteilen konzentriert, die schon als „schwierig“ gelten. Besondere Sorge macht den Bürgern, dass offenbar keine Behörde verlässliche Informationen über die Existenzweise der Zuwanderer hat. Die Nachbarn sehen verwahrloste Wohnungen und zehnjährige Kinder, die mit einer Blechbüchse zum Betteln eingesetzt werden, ohne dass jemand einschreitet. Dann wurde eine Studie der EU-Kommission bekannt, in der die Tatsache der neuen Armutseinwanderung schlichtweg ignoriert wurde und vollmundig jede Migration zum „Gewinn“ für die Empfängerländer erklärt wurde. Das hat in den betroffenen Städten heftige Empörung ausgelöst, auch bei den gestandenen Sozialpolitikern vor Ort.

Es ist diese Art der Problemverleugnung, die aus einzelnen Schwierigkeiten bei der Integration das Bild entstehen lässt, die Migration bewege sich insgesamt in einem außergesetzlichen Sonderbereich. Dazu trägt auch – im Fall der Asylbewerber – die Tatsache bei, dass die Anerkennungsverfahren sehr lange dauern und es dann, bei einem negativen Bescheid, oft zu einer sogenannten „Duldung“ kommt, einen Wartezustand auf Dauer. Mit Verwunderung hörte die Öffentlichkeit auch von einem „Protestmarsch“ von Würzburg nach

Berlin, den Flüchtlinge unternahmen, die nur ein Aufenthaltsrecht in Bayern hatten. Bis heute ist ihr Status nicht geklärt. So entsteht der Eindruck, die Migration sei ein so „sensibles“ Thema, dass man mit demonstrativem Druck etwas erreichen kann, während das rechtsstaatliche Verfahren im Grunde unmenschlich sei. Das deutsche Grundgesetz gibt in Artikel 11, Absatz 2 dem Staat das Recht, in bestimmten Fällen die Freizügigkeit seiner Bürger einzuschränken. Wie soll ein deutscher Staatsbürger verstehen, dass für ihn zumutbar ist, was für einzelne Migrantengruppen zur Menschenrechtsverletzung erklärt wird?

Die Komplex „Migration“ setzt sich aus sehr unterschiedlichen Realitäten zusammen. Da gibt es einen dringenden Bedarf an qualifizierten und hochqualifizierten Berufstätigen. Um sie wirbt die Wirtschaft und sie hat dabei das Argument auf ihrer Seite, dass diese Migration zum allgemeinen Wohlstand erheblich beiträgt. Hier gibt es kaum Konflikte. Dann gibt es sehr unterschiedliche Gruppen, die alle mehr oder weniger an die Hilfsbereitschaft des aufnehmenden Landes appellieren müssen: Flüchtlinge aus Kriegs- und Katastrophengebieten oder Menschen, die als politische Verfolgte Asyl suchen oder Zuwanderer aus armen Ländern. Jede diese Gruppen hat ihre guten, menschlichen Gründe und es gereicht einer Nation zur Ehre, wenn sie hier ihre Tür öffnet. Diese humanitäre Kraft ist aber begrenzt, besonders in unserer Epoche, in der es viele Millionen Men-

schen gibt, die Gründe zur Migration hätten. Jede Einwanderungspolitik muss deshalb auswählen, mit rechtsstaatlichen Verfahren, die dafür sorgen, dass die dringlichsten Fälle zum Zuge kommen und nicht das Recht der Stärkeren gilt. Sie braucht gesonderte Türen für Flüchtlinge, für Asylbewerber und auch für Armutseinzwanderer – mit jeweils eigenen Regelungen. Das macht die Migrationspolitik unübersichtlich.

Doch es ist nicht diese Unübersichtlichkeit, die die Menschen gegenwärtig skeptisch macht. Für sie ist die Einwanderung unübersichtlich geworden, weil sie keine klaren und durchsetzbaren Regelungen von Rechten und Pflichten sehen, sondern eine wachsende Grauzone. So sehen sie ihre ursprüngliche Hilfsbereitschaft missbraucht und entwertet. Dies Gefühl verstärkt sich, weil die offizielle Rede über die Migration immer nur ein „Mehr“ kennt und es nie ein „Genug“ gibt. Die Bürger sollen sich aufgeschlossen zeigen und gleichzeitig akzeptieren, dass bei der Migration die Not so groß ist, dass sie jede gesetzliche Regelung außer Kraft setzt. Das hält auch die größte Mitmenschlichkeit nicht aus. Wo das rechtsstaatliche Element der Begrenzung und Kontrolle fehlt, werden die Menschen auf die Dauer engherziger als es notwendig wäre. Die Gegenprobe ist möglich: Wenn es klare und durchgesetzte Regeln gibt, wird auch die Bereitschaft wieder wachsen, die eigene Tür etwas weiter zu öffnen.

*(Manuskript vom 15.11.2013, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT am 30.11.2013 unter der Überschrift „Wir sind nicht intolerant“)*